

## Die Vielfalt schreib ich mir ins Stammbuch



**Vorname: Ulrike**

**Nachname: Lunacek**

**Alter: 56**

**Beruf: Abgeordnete zum Europäischen Parlament**

Politische Partei: Die Grünen

Politischer Bezirk: Wien. Als Europaabgeordnete bin ich allerdings nur etwa ein Drittel des Jahres in Österreich. Die restliche Zeit arbeite ich in Brüssel und Straßburg oder befinde mich beruflich auf Reisen.

Meine wichtigsten Parteiämter: Delegationsleiterin der österreichischen Grünen im Europäischen Parlament, Vizepräsidentin und außenpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament, Kosovo-Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Ko-Präsidentin der Intergroup für LGBT-Rechte, Spitzenkandidatin Der Österreichischen Grünen für die Europawahl am 25. Mai

Angestrebte Funktion: EU-Abgeordnete

Wenn ich ein Gemüse wäre, dann: Pastinake

Wenn ich ein Getreide wäre, dann: Dinkel

Wenn ich ein Obst wäre, dann: Himbeere. Alle drei sind fixe Bestandteile meines Speiseplans und ich werde alles dafür tun, dass sie auch weiterhin in verschiedenster Ausformung bestehen bleiben und nicht der Vereinheitlichungswut der Konzerne zum Opfer fallen.

### Heuer pflanze ich (Mehrfachnennungen möglich!):

- Nichts.
- Eine alte Sorte.
- Die Wählerinnen und Wähler.  
Etwas anderes, nämlich: Paradeiser. Einmal habe ich eine Maracuja gepflanzt und sie wuchs prächtig - die Klimaerwärmung lässt grüßen. Zudem wachsen auf meiner Terrasse Sauerampfer - das geschieht allerdings ohne mein Zutun.

### Die EU-Saatgutverordnung:

- Wurde zu Recht abgelehnt, sie war eine Themenverfehlung.
- Hätte verbessert werden sollen, weil sie zu bürokratisch und einseitig war.
- War eigentlich ein guter Vorschlag – schade, dass sie zurückgewiesen wurde!
- EU-Saatgutverordnung? Nie gehört!

**Die Petition „Freiheit für die Vielfalt“ von GLOBAL 2000 und ARCHE NOAH auf [www.freievielfalt.at](http://www.freievielfalt.at) haben in Österreich schon 500.000 Menschen unterschrieben. Ich:**

- Bin einer von ihnen.
- Habe nicht unterschrieben.

**Vielfalt bei Gemüse, Obst und Getreide:**

- Benötigt größere Nischen.
- Muss anerkannt sein, auf Augenhöhe mit den Industriepflanzen.
- Ist nicht so wichtig... Wer braucht schon 600 Tomatensorten?

**Wer soll entscheiden, welche Sorten von Gemüse, Obst und Getreide auf dem Markt sind?**

- Behörden
- Konzerne
- Bauern
- Konsumentinnen und Konsumenten

**Dass 95% des Gemüsesaatgutsektors in der EU von nur fünf Unternehmen gesteuert werden, finde ich:**

- Ausreichend vielfältig.
- Besorgniserregend.
- Nicht weiter relevant.

**Die behördliche Vorabzulassung von Sorten, analog zu Medikamenten, soll:**

- Verpflichtend sein.
- Freiwillig sein.
- Überhaupt nicht existieren.

**Mein persönlicher Kommentar zum Thema Vielfalt in der Landwirtschaft:**

*Die Landwirtschaft braucht keine Einheits-Pflanzen, sondern genetische Vielfalt. Die Vorlage der EU-Kommission für ein neues, europaweites Saatgutrecht war deshalb auch ein Schlag ins Gesicht all jener Züchterinnen und Züchter, die sich seit Jahren um mehr Artenvielfalt im Acker-, Obst- und Gemüseanbau kümmern. Die Ablehnung dieses unausgegorenen Kommissionsvorschlags vor kurzem im Plenum des Europaparlaments war deshalb auch die einzig adäquate und von uns Grünen auch geforderte Positionierung in dieser Frage. Damit haben sich die Interessen der Bäuerinnen und Bauern, die nachhaltige Ernährungssicherung und die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft durchgesetzt. Mit der Zurückweisung in erster Lesung hat das Parlament eindeutig gezeigt, dass es auch in Zukunft nicht gewillt ist, an der Vorlage von Gesundheitskommissar Tonio Borg weiterzuarbeiten. Die Kommission muss nun endlich eine neue Vorlage machen, die Aspekte der Biodiversität ins Zentrum stellt, statt weiter vorwiegend auf einheitliches Saatgut zu setzen. Der Versuch der Kommission, die bestehenden 12 Richtlinien in einer einzigen Verordnung zusammenzufassen, hätte jegliche Freiheit in der Saatgutbranche ernsthaft gefährdet. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Saatgutverordnung würde es Landwirten und Kleingärtnern in Zukunft extrem*

*erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen, ihr eigenes Pflanzenmaterial weiter frei zu nutzen. Anstatt das Saatgut zu verwenden, das sie auf ihren eigenen Äckern mit der Ernte gewinnen oder von regionalen Tauschbörsen beziehen, müssten LandwirtInnen und HobbygärtnerInnen neues und vereinheitlichtes Saatgut kaufen.*

*Mehr als bedenklich war auch, dass der Vorschlag das Marktpotenzial kleiner und alternativer Züchtungen sowie der Züchtungen im Öko--Landbau erheblich eingeschränkt hatte. Alte Landsorten würden, da sie zum Beispiel nicht homogen sind, aufgrund der Prüfkriterien schlicht vom Markt verschwinden. ZüchterInnen dürften mit ihnen dann nicht mehr handeln. Dies hätte sehr negative Auswirkungen auf den Züchtermarkt und würde den Konzentrationstrend weiter beschleunigen. Schon heute werden 95 Prozent des Gemüsesektors von lediglich fünf Pflanzenzucht-Unternehmen dominiert. Das ist ein Zustand der Saatgutvielfalt verhindert anstatt sie zu fördern. Wir Grüne stellen uns massiv gegen jede Bevorzugung von Konzerninteressen. Die Landwirtschaft braucht keine Einheits-Pflanzen, sondern Vielfalt. An dieser Vorgabe wird auch jeder neue Vorschlag der Kommission zu messen sein. Eine neue Saatgutverordnung kann von uns Grünen nur befürwortet werden, wenn statt Konzentration und Vereinheitlichung, Sortenvielfalt und Unabhängigkeit im Vordergrund stehen. Darüber hinaus muss gelten: Saatgut ist ein öffentliches Gut; Herstellung, Zulassung, Kontrolle und Kennzeichnung müssen transparent und verständlich sein.*

*Vielfalt in der Landwirtschaft heißt allerdings nicht nur genetische Vielfalt, sondern auch Vielfalt in der (klein)bäuerlichen Struktur. So stellt vor allem das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) eine Bedrohung dar. Die Durchschnittsgröße eines landwirtschaftlichen Betriebes liegt in den USA bei 180 Hektar, in der EU 27 im Durchschnitt bei 14 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche je Betrieb - in Österreich bei 19 Hektar. Dies zeigt, welche Probleme TTIP - neben der Herabsetzung von Sozial- und Umweltstandards - mit sich bringen würde. Daher lehnen wir Grüne es in der jetzigen Form entschieden ab.*